



Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag
2012

Wolfgang Thierse

**Erinnern um der
Demokratie willen**

Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag 2012

Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vorträge

herausgegeben von Walter Mühlhausen
im Auftrag der Stiftung
Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte



Stiftung
Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag 2012

Wolfgang Thierse

Erinnern um
der Demokratie willen

Heidelberg 2012

Dr. h. c. Wolfgang Thierse (*1943 in Breslau), nach dem Abitur Lehre und Arbeit als Schriftsetzer in Weimar; ab 1964 Studium der Kulturwissenschaft und Germanistik an der Humboldt-Universität in Berlin, anschließend wissenschaftlicher Assistent im Bereich Kulturtheorie/Ästhetik der Berliner Universität; 1975–1976 Mitarbeiter im Ministerium für Kultur der DDR; dann bis 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR; parteilos; Anfang Oktober 1989 Unterschrift beim Neuen Forum; Januar 1990 Eintritt in die in der DDR neu gegründete SPD, Juni–September 1990 deren Vorsitzender; März–Oktober 1990 Mitglied der DDR-Volkskammer, zuletzt Fraktionsvorsitzender der SPD in der DDR; 1990–2005 stellvertretender SPD-Vorsitzender; seit Oktober 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages; 1990–1998 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion; 1998–2005 Präsident des Deutschen Bundestages; seit Oktober 2005 Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um den 5. Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag, den Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse am 28. Februar 2012, dem Todestag von Friedrich Ebert, im Friedrich-Ebert-Haus in der Heidelberger Pfaffengasse gehalten hat.

Fotos: H & B Pressebild Pfeifer, Wiesloch (3); Stiftung (2)

Reihe „Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vorträge“, herausgegeben von Walter Mühlhausen im Auftrag der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte (Heidelberg).

©2012 Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte
Untere Str. 27

D – 69117 Heidelberg

Tel.: (06221) 9 10 70

Fax: (06221) 91 07 10

Internet: <http://www.ebert-gedenkstaette.de>

E-Mail: friedrich@ebert-gedenkstaette.de

Redaktion: Prof. Dr. Walter Mühlhausen

Realisation: gschwend_grafik, Heidelberg

Druck:

Logo: © Hühnlein & Hühnlein, Eching am Ammersee

Die Stiftung wird gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

ISBN 978-3-92880-44-2

Vorwort

Mit dem jährlichen Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag erinnert die Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte an Leben und Werk ihres Namensgebers mit Themen, die seinerzeit den Sozialdemokraten und Staatsmann beschäftigten, die aber auch heute noch diskutiert werden und von zentraler Bedeutung sind.

Bundestagsvizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse hielt am 4. Februar 2012 den Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag. Mit dem Thema „Erinnern um der Demokratie willen“ verwies er auf die Erinnerungskultur als konstitutives Element der demokratischen bundesdeutschen Ordnung. Für die Deutschen im 21. Jahrhundert bedeutet Gedenken zweierlei: das Erinnern an die Weltkrieg und Massenmord, aber auch das Erinnern an die positiven Entwicklungen der deutschen Geschichte, die mitunter durch den Blick auf das unvorstellbare Grauen der nationalsozialistischen Diktatur in Vergessenheit zu geraten drohen.

Das gebrochene geschichtliche Erbe Deutschlands verpflichtet unsere Gesellschaft und Politik nachgerade dazu, eine bewusste Geschichtspolitik zu betreiben. Eine lebendige Erinnerungskultur, gekennzeichnet durch eine offene und kritische Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit, ist grundlegende Voraussetzung für die Sicherung unserer freiheitlichen Ordnung. Über den historischen Diskurs die Erinnerung an Friedrich Ebert, den Mitbegründer der ersten deutschen Demokratie, wachzuhalten, die Geschichte seiner Zeit zu vermitteln und dabei unsere Grundwerte zu stärken, bleibt Aufgabe unserer Stiftung.

Walter Mühlhausen
(Geschäftsführer)



Erinnern um der Demokratie willen

Wolfgang Thierse

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Die Einladung hierher zum Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag 2012 habe ich gerne angenommen. Für einen Parlamentarier wie mich ist dies ein Pflichttermin, gewissermaßen. Schließlich erfolgte die Gründung der Stiftung auf Beschluss des Deutschen Bundestages 1986. Als sozialdemokratischer Abgeordneter habe ich auch ein persönliches Interesse an der Arbeit dieser Stiftung, also an der Erinnerung an das politische Lebenswerk Friedrich Eberts. Es gibt auch noch einen zweiten Grund. Ich bin nebenbei auch Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Diese in Berlin und Lübeck ansässige Stiftung ist eine jüngere Schwester der Heidelberger Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte und dieser ganz besonders verbunden.

Die fünf Politikergedenkstiftungen des Bundes arbeiten partnerschaftlich zusammen, denn sie haben einen vergleichbaren bildungspolitischen Auftrag. Sie sollen eine lebendige Erinnerungskultur befördern und die demokratisch rechtsstaatlichen Traditionen unseres Landes fruchtbar machen für die Herausforderungen, die wir zu bewältigen haben – heute und in Zukunft.

Doch wie sollte und wie kann eine solche Erinnerungskultur und damit einhergehend eine „demokratische Geschichtspolitik“ aussehen? Was haben wir als Gesellschaft in diesem

Feld seit der deutschen Wiedervereinigung geleistet? Und was bleibt zu tun? Das sind hier die Leitfragen.

Ich beginne mit dem Beispiel Berlin, weil da das Problem besonders anschaulich wird. Der Tag der staatlichen Vereinigung Deutschlands liegt gut 20 Jahre zurück – das ist immerhin schon fast der Zeitraum einer Generation. Auch nach so langer Zeit sind bei vielen Menschen die Bilder und Gefühle der jahrzehntelangen Teilung der Stadt gewiss noch ziemlich lebendig. Doch wer von außerhalb kommt oder erst in den späten 80er Jahren geboren ist, findet in der Stadt kaum noch Spuren der Berliner Mauer. Sie wurde aus dem Stadtbild verbannt. Ich erinnere mich: Die Emotionen 1990/1991 waren verständlich, aber nun haben wir eine Lücke. Um nicht missverstanden zu werden: Niemand weint diesem zynischen Bauwerk eine Träne nach, aber seine nahezu vollständige Beseitigung erschwert die Vermittlung eines authentischen, auch sinnlichen Eindrucks, erschwert die Nachvollziehbarkeit der deutschen Teilung mit all ihren schlimmen Konsequenzen für den Alltag der Menschen. Junge Leute glauben einem schon nicht mehr, dass das einmal möglich gewesen ist, diese Stadt zu teilen. Der nachgebildete Mauerstreifen in Gehwegplatten mag hilfreich sein, ermöglicht aber keine konkrete Vorstellung davon, was die Mauer für das Leben der Berlinerinnen und Berliner einst bedeutete. Ich erinnere mich jedenfalls gelegentlich noch daran, wenn ich aus meinem Büro hinüber ins Reichstagsgebäude gehe, dass ich jetzt über die Grenze gehe. Nur wenn ich den Blick nach unten richte, sehe ich diese Markierung.

Zu konstatieren ist in Berlin ein gewisses Ungleichgewicht. Rund um das Brandenburger Tor gibt es heute Erinnerungs- und Gedenkstätten, die sehr eindringlich, sehr wahrnehmbar an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern – und das ist

gut so! Die Berliner Mauer aber als authentischer Ort der Erinnerung an die SED-Diktatur wurde jedoch weitgehend aus dem Stadtbild verbannt.

Einzelne Orte der Erinnerung an die Opfer des Kommunismus sind in den vergangenen Jahren wieder mühsam errichtet worden, etwa die Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße oder die Stasi-Erinnerungsstätte Normannenstraße in Berlin-Lichtenberg – aber sie liegen eben nicht im Zentrum. Einen kleineren Gedenkort haben wir im Deutschen Bundestag eingerichtet. In einem der neuen Parlamentsgebäude befindet sich ein öffentlich zugängliches Mauermahnmal. Hier markieren gut erhaltene Betonsegmente den ursprünglichen Verlauf der Grenze, auf den Stelen sind die Opferzahlen notiert. Seit sechs Monaten erinnert ein wissenschaftlich-zuverlässig erarbeitetes „Mauertoten-Gedenkbuch“ an die Schicksale jener 15 Menschen, die im unmittelbaren Umfeld des Spreebogens, da wo jetzt das Parlament ist, in den Jahren der Teilung zu Tode gekommen sind. Da wird Geschichte konkret, hier bekommen die Opfer der SED-Diktatur ein Gesicht, eine Geschichte, einen Namen.

An die geschichtliche Erfahrung der Nazi-Diktatur auf deutschem Boden, an Opfer und Täter, an Ursachen und Folgen zu erinnern, sie konsequent aufzuarbeiten – das gehört als konstitutives Element zu unserem demokratischen Selbstverständnis, inzwischen. Nicht zu verdrängen und nicht zu leugnen, nicht dem gewissermaßen „spontanen“ Verlangen nachzugeben, die furchtbaren Naziverbrechen zu beschönigen und zu vergessen – das gehört wirklich zum moralischen Fundament der Bundesrepublik und nur deshalb konnte sie, glaube ich, auch als Demokratie gelingen. Und seit 1989 haben wir Deutsche nun die Verpflichtung zu einer „doppelten“ Aufarbeitungs- und Erinnerungsarbeit. Zwei verschie-

dene, wahrlich verschiedene Vergangenheiten sind zu erinnern, gegensätzliche Geschichtsbilder wirken nach, die erlebte Geschichte der DDR ist noch (und wohl noch für längere Zeit) Teil der Biografie lebender Menschen. Sie ist noch nicht distanziert und gewissermaßen „objektiviert“ zu betrachten. Manche Konflikte rühren daher. Es gibt noch eine Menge Menschen, die mit der DDR – wie auch immer und häufig sehr konfliktreich – existenziell verbunden sind. Ich erinnere daran, weil man wissen muss, dass die Vereinigung der Erinnerungen und die Entwicklung einer gemeinsamen Gedenkkultur ein Teil, ein eher schwieriger Teil des deutschen Vereinigungsprozesses sind, in dem wir noch mittendrin stecken. Und sie sind auch ein Teil des europäischen Vereinigungsprozesses.

Ich will nur nebenbei erinnern, wie mir das richtig drastisch aufgegangen ist: 2004 hielt die lettische Außenministerin Sandra Kalniete auf der Leipziger Buchmesse einen Vortrag über die Opfer des stalinistischen Kommunismus und die europäische Pflicht, daran zu erinnern – als Teil des Leidens im 20. Jahrhundert. Und das ist von anwesenden Vertretern der jüdischen Gemeinschaft als ein Affront betrachtet worden, als eine Relativierung der Einmaligkeit des Holocaust. Ich erzähle das ohne Vorwurf, um nur zu sagen, wie schwierig diese Vereinigung von just unterschiedlichen Erinnerungen, den unterschiedlichen Gewichtungen von Geschichte sein kann in Europa. Und in Deutschland ist das ja nicht ganz anders. Sowohl das Erinnern an die Naziverbrechen als auch an die Verbrechen des stalinistischen Kommunismus – beides gehört in die Erinnerungsgemeinschaft Deutschland, in die Erinnerungsgemeinschaft Europa.

Aber soll und darf Gedenken „von oben“ organisiert, gewissermaßen staatlich verordnet werden? Sind die differenzier-

ten Erinnerungen überhaupt zu vereinigen, gar zu vereinheitlichen? Solcherart autoritäre Versuche gehörten zur kommunistischen Vergangenheit, und sie sind nicht sonderlich geglückt. In mancher Hinsicht waren sie – wenn ich das so nennen darf – sogar kontraproduktiv. Wenn man heute über Neonazis spricht, darüber redet, warum Rechtsextremismus in Ostdeutschland – ganz offensichtlich, das ist nicht zu beschönigen – ein brutaleres Gesicht hat und stärker wahrnehmbar ist, obwohl es nicht nur ein ostdeutsches Problem ist, dann muss man auch über die Vorgeschichte reden und über autoritären, verordneten Antifaschismus, der sein Gegenteil gewissermaßen produziert. Das soll keine Entschuldigung sein, aber es gehört mit zur eigentümlichen Vorgeschichte unserer gegenwärtigen Probleme.

Der autoritäre Gestus, also ein verordnetes Geschichtsbild, passt nicht zu einer Demokratie, dekreterische und inhaltlich-normative Festlegungen der Geschichtsinterpretation ebenso wenig. Wenn schon Geschichtspolitik betrieben werden soll, dann muss sie deliberativ sein! Diskutierend, streitend – die Vielfalt der individuellen wie kollektiven Erinnerungen, die Diskussion über deren Interpretation in der Geschichtswissenschaft, in den Künsten, in der politischen Öffentlichkeit, die unausweichlich notwendigen Rituale und Einrichtungen des Erinnerns unter Weitergabe der Erinnerungen – das alles zusammen macht eine lebendige demokratische Erinnerungskultur aus. Hierfür gilt es geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, das heißt (und das sind dann politische Entscheidungen) die erforderlichen institutionellen und finanziellen Strukturen bereitzustellen. Und das ist dann, unausweichlich, auch Geschichtspolitik.

Unser nationales Parlament, der Bundestag, ist sich seiner Verantwortung in dieser Frage sehr wohl bewusst gewesen,

und wenn ich es richtig sehe, auch weiterhin bewusst, was sich auch an seinen geschichtspolitischen Entscheidungen ablesen lässt. Gerne verweise ich hier nochmals auf die fünf Politikergedenkstätten des Bundes, die auf Beschluss des Deutschen Bundestages errichtet wurden und die im Wesentlichen ganz vom Bund finanziert werden. Mit diesen Stiftungen, die Forschungs- und Öffentlichkeitsarbeit betreiben, erinnert die Bundesrepublik Deutschland an Persönlichkeiten, die in der deutschen und europäischen Geschichte eine herausragende Rolle gespielt haben. Dazu zählt Reichsgründer Otto von Bismarck – beileibe kein glühender Demokrat (das wissen wir Sozialdemokraten besonders gut), doch er steht für eine nationale Tradition und auch für die Einheit des Landes.

Hier in Heidelberg wird an Friedrich Ebert erinnert, den Gründungspräsidenten der ersten deutschen Demokratie, dazu muss ich nichts weiter sagen.

Das Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart würdigt den ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland – mithin einen Politiker, der nicht nur in Stilfragen Maßstäbe gesetzt hat. Ich bin so alt, dass ich mich, zwar auf der falschen Seite lebend, immer noch an diese besondere, tiefe Stimme mit urigem Ton erinnern kann. Ich gestehe allerdings, dass ich eben zu jung war, um ihm länger zuhören zu können.

Die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf erinnert an Deutschlands ersten Bundeskanzler, der die junge Bundesrepublik in die Wertegemeinschaft des Westens geführt hat.

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung würdigt einen herausragenden Staatsmann, der die Aussöhnung mit den westeuropäischen Ländern um die Aussöhnung mit Osteuropa ergänzte und so den Frieden auf dem gesamten Konti-

nent sicherer gemacht hat und – das ist meine Überzeugung – durch seine Entspannungspolitik auch 1989, eben das Ende der DDR, mit vorbereitet hat. Diese Bundestiftung unterhält zwei Gedenkstätten – in Lübeck, dem Geburtsort Willy Brandts, und in Berlin. Die Berliner Ausstellung ist vor einiger Zeit umgezogen: aus einer Randlage im Rathaus Schöneberg in das politische Zentrum der Stadt an den Boulevard Unter den Linden in Sichtweite zum Brandenburger Tor. Seitdem wir umgezogen sind, haben wir eine regelrechte Explosion der Besucherzahlen erlebt. Die Ausstellung wird derzeit überarbeitet, aber ich lade Sie schon heute herzlich nach Berlin ein, sich die neue Präsentation anzusehen. Sie wird am 19. Juni 2012 eröffnet.

Diese fünf Persönlichkeiten sind politisch-historische Schlüsselfiguren, die unverzichtbare Grundlagen für die staatliche und wirtschaftliche, für die soziale und gesellschaftliche Ordnung gelegt haben, in der wir Deutsche heute leben. Deswegen erinnern wir – denke ich – vollkommen zu Recht, an sie und lassen uns diese Erinnerung auch etwas kosten.

Zu den genannten fünf Bundesstiftungen kam 1998 eine weitere hinzu – die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Zwischen 1992 und 1998 hatten sich zwei Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages mit der Geschichte der SED-Herrschaft sowie ihren Folgen für die deutsche Einheit befasst. Auf Empfehlung der zweiten Kommission verabschiedete der Deutsche Bundestag das Gesetz über die Errichtung dieser Stiftung, um so die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur dauerhaft anzuregen und zu unterstützen. Im Herbst 1998 nahm die Stiftung ihre Arbeit auf. Die Bundesstiftung „Aufarbeitung“, wie sie gemeinhin genannt wird, hat in den zurückliegenden Jahren hervorragende Arbeit für die Erinnerungskultur unseres Landes

geleistet, und zwar nicht nur bei der Aufarbeitung der Ursachen und Folgen der Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Gemeinsam mit anderen Institutionen und zahlreichen Partnern im In- und Ausland unterstützt sie zudem die Auseinandersetzung mit den kommunistischen Diktaturen in Ost-Mitteleuropa, um auch dort das öffentliche Bewusstsein über die kommunistische Gesellschaft, über die kommunistische Gewaltherrschaft, zu befördern. Und ich erwähne hier nicht (weil das eine andere Institution ist) die Stasi-Unterlagen-Behörde. Sie werden jetzt an sie erinnert, weil ihr ehemaliger Chef nun Bundespräsident werden soll. Ich lese manches Unverständliche über das Zustandekommen der Institution. Da ich dabei gewesen bin, erinnere ich mich sehr genau: Wir wollten das – wir Ostdeutschen in der Volkskammer. Wir wollten eine solche Institution. Und ich erinnere mich an mein Motiv, und das kann man auch öffentlich nachlesen, weil ich das auch öffentlich gesagt und geschrieben hatte. Mein ganz starker Beweggrund war: Wir wollen es diesmal anders machen als 1945 und die folgenden Jahre. Das war eines unserer Motive. Und deswegen haben wir gesagt: Wir wollen diese Hinterlassenschaft eines Unterdrückungssystems den Opfern und der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich machen. Und ich war es übrigens auch – aber das ist nicht ganz so wichtig –, der dann Joachim Gauck vorgeschlagen hat, weil ich dachte, so ein norddeutscher Pastor, der macht das genau und nicht übertrieben fanatisch. Aber das mögen andere beurteilen.

Über die erwähnten Entscheidungen hinaus hat der Deutsche Bundestag seit der Wiedervereinigung mindestens drei weitere große geschichtspolitische Entscheidungen getroffen. Und wie es in einer gut funktionierenden Demokratie sein

sollte, gingen diesen Entscheidungen jeweils langjährige, teilweise sehr heftige zivilgesellschaftliche Debatten voraus, die vom Parlament schließlich aufgegriffen und dann zu Beschlüssen geführt wurden. Erstens, der Beschluss über den Bau des Holocaust-Mahnmals in Berlin. Es war übrigens – und das ist ein schönes Symbol – der letzte Beschluss des Bundestages vor seinem Umzug von Bonn nach Berlin. Es war, das ist nicht unwichtig, die Entscheidung für ein erstes gemeinsames Erinnerungsprojekt des wiedervereinigten Deutschlands. Hier kam zum Ausdruck, dass sich das geeinte Deutschland zu seiner Geschichte bekennt, indem es im Zentrum seiner Hauptstadt an das größte Verbrechen seiner Geschichte erinnert. In jener Stadt Berlin, die zwar nicht der Ort des Massenmordes war, von der aus aber die systematische, millionenfache Tötung von Menschen erdacht, geplant, organisiert, verwaltet wurde.

Als Bundestagspräsident und Vorsitzender des Kuratoriums war ich Bauherr dieses wahrlich großflächigen Denkmals. Für die ermordeten Juden Europas mit seinem eindrucksvollen Stelenfeld und mit dem Ort der Information. Die hohen Besucherzahlen, die breite Akzeptanz des Denkmals in unmittelbarer Nähe zum Brandenburger Tor belegen eindrucksvoll, dass die Entscheidung des Bundestages richtig war. Sie hat die Erinnerungskultur in unserem Land wesentlich bereichert. Ich habe manches Staatsoberhaupt durch diesen Erinnerungsort geführt, auch das israelische Staatsoberhaupt. Und ich habe mit Menschen gesprochen, die zu den heftigsten Kritikern dieses Denkmals gehörten – sehr prominente Leute –, die inzwischen sagen: „Wir haben uns geirrt. Ihr hattet Recht.“

Die zweite Entscheidung: Die Rot-Grüne Bundesregierung hat 1999 – und das war angesichts der föderalen Zuständig-

keit für Kulturpolitik zuvor gänzlich undenkbar – eine nationale Gedenkstättenkonzeption entwickelt, die 2008 dann nach intensiver Diskussion novelliert wurde. Diese Gedenkstättenkonzeption ist der Versuch, mit unserer doppelten deutschen Erbschaft, dem Nationalsozialismus und der SED-Diktatur, verantwortlich umzugehen und jeder Versuchung zu widerstehen, das eine Erbe gegen das andere auszuspielen oder das eine mit Blick auf das andere zu relativieren oder zu bagatellisieren. Dafür hat der Bund die Verantwortung übernommen, mit entsprechenden finanziellen Konsequenzen. KZ-Gedenkstätten sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern werden vom Bund dauerhaft finanziell gefördert, Dauerausstellungen werden erneuert. Der Bund fördert den Um- und Ausbau der Mauer-Gedenkstätte in der Bernauer Straße, wo ein kleiner Teil des Mauerstreifens erhalten oder ein wenig rekonstruiert worden ist. Historische Spuren nachgezeichnet werden im sogenannten Tränenpalast. Am ehemaligen Grenzübergang Bahnhof Friedrichstraße entstand inzwischen eine informative Ausstellung zu den Folgen der deutschen Teilung, die vom Bonner Haus der Geschichte erarbeitet worden ist. Die Liste der vom Bund im Rahmen dieser nationalen Gedenkstättenkonzeption geförderten Erinnerungsorte ließe sich lange fortsetzen.

Die dritte bedeutende geschichtspolitische Entscheidung war der bis heute nicht wenig umstrittene Beschluss über den Bau eines Freiheits- und Einheitsdenkmals. Ich erinnere mich: Nach einigem Zögern bin ich sehr vehement dafür eingetreten. Denn ich bin der Überzeugung, wir Deutsche – wie andere Völker auch – brauchen zu unserer Selbstvergewisserung und Selbstermunterung nicht nur die Erinnerung an die katastrophale Seite unserer Geschichte, die Verirrungen, die Verbrechen und Katastrophen, sondern wir können auch ganz

gut den Bezug auf positive geschichtliche Entwicklungen gebrauchen.

Auch Deutschland hat eine Freiheitsgeschichte, und wir haben eine erfolgreiche friedliche Revolution – das Beste, was wir Ostdeutschen mitgebracht haben in die gemeinsame deutsche Geschichte. Daran zu erinnern, kann doch nur sinnvoll sein! Dieses Mahnmal unseres historischen Glücks soll uns nicht vergessen lassen, wie kostbar und verletzlich Freiheit und Einheit sind: wie lange wir Deutschen dazu gebraucht haben, beides zusammen zu haben und beides zusammen leben zu können, wie wichtig es ist, diese Werte bewusst zu leben und an nachfolgende Generationen zu vermitteln. Dazu verpflichtet uns unser nationales Glück des Jahres 1989/90.



Vor dem Friedrich-Ebert-Gedächtnis-Vortrag: Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse spricht bei der Gedenkfeier am Grab von Friedrich Ebert auf dem Heidelberger Bergfriedhof.

Meine Damen und Herren, entscheidendes Kriterium bei geschichtspolitischen Beschlüssen ist die Frage, wie demokratisch, wie kontrovers, wie transparent sie getroffen werden. Ein anderes Beispiel: Die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ zeigt, wie wichtig Transparenz ist. Das Projekt wird nur

dann an Akzeptanz – vor allem auch bei unseren europäischen Nachbarn – gewinnen, wenn das Ausstellungskonzept in einem breiten öffentlichen und wissenschaftlichen Kreis diskutiert wird. Sie wissen, worum es geht: die Erinnerung an die Geschichte der Vertreibungen. Die ersten Vorschläge sind ja auf sehr viel Skepsis und Misstrauen bei unseren Nachbarn gestoßen. Trotzdem kann es sinnvoll sein, ja, ich meine sogar, es ist sinnvoll, auch an diesen Teil der deutschen und europäischen Geschichte zu erinnern, aber so, dass auf angemessene Weise erinnert wird an die Ursachen und Folgen. Dabei sind Opfer und Täter richtig zu benennen und das Ganze als ein europäisches Projekt zu begreifen. Das ist, wenn ich mir diese kleine Nebenbemerkung erlauben darf, durchaus etwas anderes als das, was Frau Steinbach wollte und immer noch irgendwie will.

Wie wenig abgeschlossen und politisch brisant die Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit ist, lässt sich immer wieder beobachten – nicht nur bezogen auf die DDR-Geschichte, sondern zuletzt beispielsweise an der Debatte um die vor anderthalb Jahren veröffentlichte Studie über die Verstrickung des Auswärtigen Amtes im Nationalsozialismus. Das belegen auch die Debatten über die Stasi-Vergangenheit etwa von Mitgliedern des Brandenburger Landtages oder im vergangenen Jahr die heftige Auseinandersetzung um die erneute Verlängerung der Überprüfungsfrist für Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes auf mögliche Stasi-Mitarbeiterschaft. Da wirkt – wenn ich das sagen darf – die deutsche Teilung immer noch nach.

Wer in Heidelberg geboren und aufgewachsen ist, der ist nicht in der Gefahr, jemals auf Stasi-Mitarbeiterschaft überprüft zu werden. Wer in Leipzig geboren und aufgewachsen ist, der wird immer wieder überprüft werden. Ich weiß nicht,

wie lange wir das noch machen wollen. Ich war gegen diese Verlängerung der Überprüfungsfrist – und zwar einer Überprüfung ohne Anlass. Ich bin sehr dafür, dass man überprüft, wenn es einen Anlass gibt oder wenn ein Verdacht vorliegt. Dann ist es im Interesse des Betroffenen und zugleich im Interesse der Öffentlichkeit wie der Institutionen nachzuprüfen, ob das Vermutete stimmt oder nicht stimmt. Aber, nur weil einer in Leipzig geboren ist und diese oder jene Funktion hat, muss er nicht überprüft werden. Mal sehen, wie lange das noch geht. Wir hatten diesmal keine Mehrheit, als es um die Verlängerung der Überprüfbarkeit ging.

Meine Damen und Herren, aus vielfacher Erfahrung wissen wir: Jede Generation muss einen eigenen Zugang zur Geschichte und eigene Formen der Erinnerung und des Gedenkens finden. Was gestern richtig war, muss heute oder morgen in dieser Frage nicht mehr richtig sein. Das bedarf der Anstrengung vieler Seiten. Die politische Bildungsarbeit in Schulen, Vereinen, Gedenkstätten und Stiftungen kann und muss entsprechende Angebote machen. Auch die Familien – Eltern und Großeltern – stehen hier in der Pflicht.

Wir befinden uns gegenwärtig in einem Generationenwechsel: Nationalsozialismus, Krieg, organisierter Völkermord sind immer weniger lebendige Erfahrungen von Zeitzeugen, sondern werden immer mehr zu Ereignissen der Geschichte. Sie wechseln von persönlicher, individuell beglaubigter Erinnerung in das durch Wissen vermittelte kollektive Gedächtnis. Was heute noch in großer Eindringlichkeit Zeitzeugen erzählen können – wie zuletzt Marcel Reich-Ranicki in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages am 27. Januar –, das müssen in Zukunft Gedenkstätten, Museen, Geschichtsbücher, Kunstwerke vermitteln. Für das Gelingen dieses Wandels trägt demokratische Geschichtspolitik Verantwortung.

Ich füge nur hinzu, und auch das sage ich jetzt gewissermaßen unter uns „Älteren“: Es gibt keinen Grund zu glauben, die nachwachsenden Generationen seien weniger sensibel und weniger moralisch mit Blick auf die Geschichte. Es ist ein Misstrauen, das mit dem Altwerden zu tun hat. Wir müssen nur zulassen, wir müssen ermuntern und Angebote machen, dass die nachfolgenden Generationen ihren Weg finden, mit einer unbequemen Last zu Rande zu kommen und dass sie diese nicht beiseiteschieben. Dabei muss man immer wissen: Historische Aufklärung ist kein Selbstzweck, sie ist notwendig um der Zukunft unserer Demokratie willen. Unsere Gesellschaft ist angewiesen auf „nachwachsende“ Demokraten – gerade auch mit Blick auf das, was wir gewöhnlich Politikverdrossenheit nennen, und mit Blick auf die Wahlerfolge rechts-extremer Parteien in bestimmten Regionen unseres Landes.

Historische Aufklärung kann und soll politisches Bewusstsein schaffen. Das Entsetzliche der nationalsozialistischen Verbrechen und die Erfahrung kommunistischer Unfreiheit müssen so vermittelt werden, dass sie – und das ist mehr als Wissen – mit dem Herzen erfahren und begriffen werden und auch künftig zur Empathie mit den Opfern führen. Insofern ist Gedenken immer mehr als aufgeklärtes Wissen.

Besonders jungen Menschen sollten wir historisches Wissen so vermitteln, dass sie eine Beziehung zur Gegenwart herstellen können. Es geht nicht um die Übertragung von Schuld und von Schuldgefühlen, sondern darum, moralische Sensibilität und politische Verantwortung für die Gegenwart zu vermitteln. Betroffenheit, die bloß ratlos macht, Wissen, das folgenlos bleibt – solcherart Ergebnisse von Erinnerungsarbeit sind nicht menschengemäß. Sie sind auch gesellschaftlich wirkungslos, im schlimmsten Falle sogar kontraproduktiv.

Meine Damen und Herren, Diktaturen – so ein alter Lehrsatz – bekämpft man am besten, bevor sie sich etablieren können. Das ist eine doppelte Erfahrung aus dem 20. Jahrhundert, eine Erfahrung, die Eingang in die bundesdeutsche Verfassung gefunden hat. Die Demokratie, diese ebenso kostbare wie fragile Errungenschaft, verteidigt man am erfolgreichsten, solange sie noch nicht in ihren Grundfesten erschüttert ist. Wilhelm Hennis, einer der Altmeister der politischen Wissenschaft in Deutschland, hat diesen Zusammenhang, denke ich, gut beschrieben: „Kein Regierungssystem ist so sehr von seinen äußeren Bedingungen abhängig wie das parlamentarische. Es ist die Luxusausgabe der Regierungsformen, von allen das anspruchsvollste. So wie es am leichtesten für Krisen anfällig ist, so ist es unter günstigen Voraussetzungen von allen das leistungsfähigste.“

Dieser Einschätzung ist wohl kaum zu widersprechen, doch ich bin mir nicht sicher, ob dies wirklich allen bewusst ist. Jedenfalls finde ich, dass zu viele Jüngere wie Ältere die parlamentarische Demokratie als etwas schlicht Gegebenes hinnehmen, gar auf Dauer Gesichertes, als ein technisches Regelwerk, das sich von selbst bewegt. Sie missverstehen die Demokratie als eine Staatsform, in der man gut leben kann – das ist ja richtig –, für die man aber selbst nichts tun müsse. Ein fataler Irrtum! In dieser Konsumentenhaltung liegt eine Gefahr.

Gerade eine Gesellschaft, in der sich die Bürgerinnen und Bürger der Rechtsstaatlichkeit, der Freiheit, der Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte relativ sicher sein können, darf nicht bequem und erst recht nicht blind werden. Gerade für sie ist Wachsamkeit gegenüber jeder Form antidemokratischen Denkens und Handelns unerlässlich.

Die Demokratie ist, mit Oskar Negt gesprochen, „die einzige Herrschaftsform, die in ständig neuer Kraftanstrengung gelernt werden muss“. Sie ist wie keine andere Staatsform auf Engagement, auf aktive uneigennützig Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen – nämlich immer dann, wenn es um öffentliche Angelegenheiten geht, die nicht unmittelbar das Eigeninteresse, aber das der Allgemeinheit betreffen. Sie kann nur so lange bestehen, wie neben den vielen Einzelinteressen das gemeinsame Interesse an ihrem Bestand vital bleibt.

Was passiert, wenn sich Unzufriedenheit mit Demokratieverachtung paart, wenn gesellschaftliche Eliten und wirtschaftliche Verlierer sich zu einer Abkehr vom „System“ verbinden, hat das Ende der Weimarer Republik gezeigt. Auch wenn sich Geschichte nicht wiederholt: Das Potenzial für autoritäre, rassistische, minderheitenfeindliche und antidemokratische Haltungen ist in allen Demokratien vorhanden. Und es nimmt zu, wenn wirtschaftliche Modernisierungsschübe oder Krisen, insbesondere soziale Krisen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Es gibt einen fundamentalen, geradezu existenziellen Zusammenhang zwischen der Demokratie als politischer Form der Freiheit und der Erfahrung von Gerechtigkeit. Wenn eine hinreichend große Zahl von Menschen die Gesellschaft als zutiefst ungerecht erlebt, in ihren sozialen Ängsten bestätigt wird, nimmt die Zustimmung zur Demokratie und ihren Mühseligkeiten ab.

Das ist die Erfahrung des 20. Jahrhunderts. Dem Nationalsozialismus gingen Massenelend und massive Ungerechtigkeit voraus. Und auch die kommunistische Ideologie, das kommunistische System beruhen auf der Erfahrung von Ungerechtigkeit und Massenelend. Gerade weil ich das Freiheitspathos von Joachim Gauck teile, will ich ihn immer wieder

erinnern: Es gibt diesen fundamentalen Zusammenhang von Gerechtigkeit und gelingender Demokratie. Gerechtigkeitspolitik ist Zentrum demokratischer Politik, um der Demokratie und der Freiheit Willen, obwohl Freiheit und Gerechtigkeit nicht identisch sind – das weiß ich auch. Dieser Zusammenhang ist fundamental. Den heutigen Feinden der Demokratie und des Rechtsstaates aktiv wirksam und vor allem rechtzeitig entgegenzutreten, darum geht es. Das sind wir auch jenen schuldig, die in den 20er und 30er Jahren des letzten Jahrhunderts für die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik gekämpft haben – darunter auch Friedrich Ebert, an den hier in besonderer Weise erinnert wird.

Meine Damen und Herren, der Rechtsextremismus in Deutschland hat seit den 1990er Jahren sein Gesicht verändert. Er hat sich – auch wenn das Wort hier etwas unangemessen klingt, man muss es aber trotzdem verwenden – in bestimmter Weise modernisiert. Er ködert seinen Nachwuchs zunehmend über kommunalpolitisches Engagement und auch über Freizeitaktivitäten für junge Leute. Die NPD macht sich die vorhandene Ungeduld und Unzufriedenheit mit dem Tempo der Politik und deren mitunter als unzureichend empfundenen Lösungskompetenz angesichts der angstvoll oder wütend erlebten ökonomischen Problemfülle und des sozialen Drucks zu eigen. Sie erweckt ein diffuses Bedürfnis nach Erlösung von all diesen belastenden Problemen – und bietet sich mit ihrer demagogisch verquasteten Heilslehre zugleich als Erlösungsinstanz an. Das ist nichts Neues, aber es erscheint in neuer, beinahe schon alltäglich gewordener Gestalt.

Ich weiß, wovon ich rede. Ich bin oft genug in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen und anderswo gewesen, in kleinen und mittleren Städten. Bei all ihren Versuchen, den Staat vor-

zuführen, missbraucht die NPD die Strukturen der Demokratie und ihre Institutionen. Denn wie anders soll man es nennen, wenn eine Partei permanent und gezielt Rechtsstaatsverletzungen begeht und zugleich Steuermittel in erheblicher Höhe kassiert – und das ganz legal? Für mich bleibt es obszön und schlicht unerträglich, dass die NPD ihren Kampf gegen unsere freiheitlich demokratische Ordnung mit staatlichen Geldern führen kann. Allein in den Jahren 2008 bis 2010 erhielt sie aus Mitteln der staatlichen Parteienfinanzierung insgesamt rund 3,8 Millionen Euro. Hier muss sich die Demokratie wehren! Das ist für mich das Hauptmotiv, warum ich für ein Verbot der NPD bin. Ein solches Verbot wäre ein klarer Hinweis auf die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie!

Erinnern wir uns: Schon in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts kündigten die Nationalsozialisten an, sich bei der von ihnen angestrebten Zerstörung der parlamentarischen Demokratie deren Strukturen und Institutionen bedienen zu wollen. Sie kennen das Zitat vermutlich, aber man muss es sich immer wieder in Erinnerung rufen. Im Kampfblatt der Berliner NSDAP „Der Angriff“ beschrieb ihr Herausgeber Joseph Goebbels im April 1928 unter der Überschrift „Was wollen wir im Reichstag?“ die geplante Vorgehensweise mit geradezu brutaler Offenheit: „Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache. [...] Wir kommen nicht als Freunde, auch nicht als Neutrale. Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafsherde einbricht,

so kommen wir." Das Zitat stammt aus dem Jahr 1928 – fünf Jahre vor der Entmachtung des deutschen Parlaments.

Die Weimarer Republik ist nicht nur gescheitert, weil sie zu viele und zu mächtige Feinde hatte. Sie ging vielmehr zu Grunde, auch das ist eine immer wiederholte und immer zu wiederholende Lehre, weil sie zu spät und von zu wenigen und vor allem von zu wenigen aktiven Demokraten verteidigt worden ist. Viele haben Hitler wohl schweigend missbilligt, aber innere Vorbehalte und stiller Protest sind bestenfalls honorig, sie helfen letztlich niemandem.

Das hat man inzwischen auch in Dresden gelernt. Noch im vorigen Jahr wurde ich beschimpft, als ich sagte, es reiche nicht aus, still zu sein, Kerzen in die Fenster zu stellen und sich an die Hände zu fassen. Man muss sich aktiver gegen den Missbrauch des Gedenkens an die Toten von Dresden wehren und gegen die Inanspruchnahme von Straßen und Plätzen der Stadt durch die antidemokratischen Rechte.

Damit sie mich nicht missverstehen: Natürlich wissen wir, dass es mit einem Parteienverbot allein nicht getan ist. Braune Gesinnung oder – soll ich mich vorsichtiger ausdrücken – minderheitenfeindliche, antisemitische, rassistische Einstellungen in Köpfen und Herzen sind nicht durch ein Parteienverbot zu überwinden. Der Kampf gegen diese Ideologien, gegen diese Einstellungen darf nicht allein dem Staat und seinen Institutionen überlassen bleiben. Auch das ist eine Erfahrung aus dem Scheitern der Weimarer Republik. Und es ist auch zugleich eine Lehre aus der Mordserie der Zwickauer Terrorzelle. Der Verfassungsschutz und die Polizeibehörden haben auf entsetzliche Weise versagt. Was da genau passiert ist, das muss untersucht werden, erst dann wird man konkrete Schuldzuweisungen formulieren können und angemessene, richtige Konsequenzen ziehen. Ich hoffe beinahe, dass es nur

technische oder organisatorische Mängel waren. Ich bin nicht sicher, ob es nur das war. Wir brauchen funktionsfähige staatliche Institutionen, das steht außer Frage. Hier wird jetzt kräftig nachgearbeitet und mit Hilfe der Untersuchungsausschüsse werden Konsequenzen zu formulieren sein. Aber wir brauchen vor allem auch eine starke Zivilgesellschaft, die die Menschen immun macht gegen Extremismus jeglicher Art. Der Kampf um die Herzen und Köpfe von Menschen ist notwendiger denn je. Er ist mühselig und er ist ganz alltäglicher Natur. Das ist eine Herausforderung für uns Demokraten und insbesondere für all jene, die Verantwortung in unserer Gesellschaft tragen, die in irgendeiner Weise Vorbildfunktion haben – ob in der Politik, in den Medien, in der Wirtschaft, im Sport, in den Schulen.

Vor einer Woche gedachte unsere Republik der zehn Opfer der Mordserie der Neonazis. Es war dies ein notwendiger und selbstverständlicher Ausdruck menschlicher Anteilnahme am Leid der Angehörigen. Und es war ein Gebot des bürgerlichen und politischen Anstands. Zum Anstand gehört aber auch, dass endlich die Zahl der Opfer rechtsextremer Gewalt richtig erfasst wird – womit die Behörden sich ausgesprochen schwer tun, zu meiner Überraschung. Die Recherchen der Amadeu-Antonio-Stiftung und der Redaktion des Berliner „Tagesspiegels“ belegen, dass die tatsächliche Zahl der Opfer rechtsextremistisch motivierter Gewalt um etwa das Dreifache über den Angaben der Bundesregierung liegt. Das Innenministerium zählt 58 Todesopfer rechtsextremer Gewalt seit der Wiedervereinigung. Der Berliner „Tagesspiegel“ und die Amadeu-Antonio-Stiftung zählen mindestens 148 Todesopfer. Jeder unterdrückte Fall ist eine Missachtung des Opfers und eine Kränkung der Angehörigen.

Die republikweite Anteilnahme und das gemeinsame Gedenken dürfen nicht folgenlos bleiben! Denn wie ist das denn im

Normalfall? Wir erleben regelmäßig öffentliche Erschütterung, Entrüstung, Empörung, wenn sich etwas Schreckliches ereignet hat. Aber allzu oft erfahren wir leider auch, dass das öffentliche Interesse, die breite Aufmerksamkeit nach kurzer Zeit wieder erlischt. Diese Zyklen medialer und politischer Konjunktur gilt es zu durchbrechen, denn das Problem des Rechtsextremismus ist kein punktuell, sondern offensichtlich ein dauerhaftes. Belege hierfür gibt es zuhauf. Viel zu viele!

In den vergangenen zehn Jahren habe ich immer wieder die Studie „Deutsche Zustände“, eine Untersuchung des Bielefelder Forschers Wilhelm Heitmeyer und seines Kollektivs, vorgestellt. Über zehn Jahre hin hat er beobachtet, dass es in Deutschland eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und minderheitenfeindliche Einstellungen gibt – und zwar nicht irgendwo nur am Rande der Gesellschaft, sondern in der Mitte: Je nachdem, zwischen zehn und zwanzig Prozent der Deutschen sind entweder ausländerfeindlich oder arbeitslosenfeindlich oder homosexuellenfeindlich. Sie haben rassistische Einstellungen, bewahren autoritäre Einstellungen. Vor wenigen Wochen haben wir in Berlin den Antisemitismus-Bericht vorgestellt, mit der bestürzenden Auskunft, es gebe bei etwa zwanzig Prozent der Deutschen latenten Antisemitismus. Das heißt nicht, dass sie aktive, gewaltbereite Antisemiten sind. Aber der Befund ist bestürzend, dass es bei einem Fünftel der Deutschen Vorurteile unterschiedlicher Intensität gegenüber Juden gibt. Sie können sich nicht vorstellen, was ich für Post bekommen habe – mit Namen und Absender. Wie zur Bestätigung dieses Befundes.

Die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, zu einem guten Teil in der rot-grünen Bundesregierungszeit formuliert und etabliert, haben in den letzten zehn Jahren durchaus dazu beigetragen, dass wir in Deutschland heute eine bunte

und lebendige Landschaft von Initiativen und Projekten für eine demokratische Kultur haben. Diese Strukturen gilt es zu erhalten und auszubauen. Ob der geplante Aufbau eines bundesweiten zentralen Informations- und Kompetenzzentrums gegen Rechtsextremismus, also einer weiteren staatlichen Einrichtung zur Verwaltung zivilgesellschaftlichen Engagements, einen Fortschritt bringt, weiß ich nicht. Ich bin eher ein wenig skeptisch. Vielmehr, das ist meine Überzeugung, geht es darum, die von Rechtsextremen geschaffenen Angsträume vor Ort zu bekämpfen – nicht an Verwaltungsschreibtischen. Vielleicht ist das unangemessen und polemisch.



Das vollbesetzte Atrium im Friedrich-Ebert-Haus.

Wir brauchen erstens eine Verstärkung der Projektförderung, um angesammelte Kompetenz, Erfahrung, Expertise nicht am Ende jeder Förderphase versanden zu lassen. Gestärkt werden müssen zweitens die mobilen Beratungsteams, die sich in der flexiblen und raschen Krisenintervention bewährt haben. Wir brauchen drittens erleichterte Regelungen bei der Co-Finanzierung von Projekten – Demokratieprojekten und Initiativen –, damit die Unterstützung nicht an der Finanznot gerade auch ostdeutscher Kommunen scheitert. Viertens

brauchen wir eine größere Selbstständigkeit der Initiativen bei der Antragstellung, da sie teilweise vom Willen oder Unwillen ihrer Kommunen abhängig sind. Es gibt nicht wenige Kommunalpolitiker und Bürgermeister, die einfach behaupten: „Wir haben kein Problem. Warum sollte ich irgendetwas unterstützen und finanzieren?“ Auch da könnte ich geradezu entsetzliche Beispiele erzählen. Und fünftens: Nicht minder wichtig ist ein Klima des Vertrauens. Die von der schwarz-gelben Bundesregierung eingeführte „Extremismusklausel“ mit der Forderung, dass all jene Initiativen und Projektgruppen, die Unterstützung beantragen, eine Erklärung über ihre Verfassungstreue unterschreiben müssen, mutet engagierten Menschen wie ein Bekenntniszwang an und ist in einer bestimmten Art und Weise auch eine Art von Gesinnungsüberprüfung. Ich glaube nicht, dass das hilfreich ist. Demokratie lebt von Vertrauen. Vertrauen kann aber enttäuscht werden. Deswegen ist es sinnvoll, solche Projekte immer auch zu evaluieren, ob sie effektive Arbeit leisten. Aber es geht nicht an, ihnen zu begegnen, sie könnten ja eventuell linksextrem sein, eben weil sie gegen rechts außen, gegen Rassismus antreten. Und sechstens: Wir brauchen endlich auch eine kontinuierliche wissenschaftliche Untersuchung und Berichterstattung über rechtsextreme Einstellungen und Aktivitäten in Deutschland, in der Weise, wie sie der Bundestag 2008 für den Bereich des Antisemitismus bereits initiiert hat. Dieser Bericht liegt vor. Wir müssen die konkreten Erscheinungsformen, Strukturen, Mechanismen und Wirkungsweisen rechtsextremer, rassistischer, minderheitenfeindlicher, antisemitischer Einstellungen erkennen. Wir müssen begreifen, wie Ausgrenzung und Gewalt bis hin zur systematischen Vernichtung semantisch, symbolisch, mental vorbereitet werden, ehe sie sich sozial und politisch manifes-

tieren, und zwar heute. Dieses Wissen ist von elementarer Bedeutung, um wirksame Gegenstrategien gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus zu entwickeln, wie sie in der vergangenen Woche eingefordert wurden vom American Jewish Committee Berlin. Es hat einen bundesweiten Aktionsplan gegen Rechtsextremismus gefordert.

Und unser Parlament, der Bundestag, sollte in jeder Legislaturperiode mindestens einmal in einer großen Debatte den Zustand der Gesellschaft und Strategien gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus diskutieren. Dazu sollte die Bundesregierung jeweils einen Bericht vorlegen. So könnte eine dauerhafte und fundierte Auseinandersetzung durch Parlament und Regierung mit dieser antidemokratischen Gefahr etabliert werden. Die inzwischen immer blasser werdenden Vokabeln Kontinuität und Nachhaltigkeit könnten und sollten gerade bei dieser politisch-moralischen Herausforderung Kraft und demokratische Farbe gewinnen.

Meine Damen und Herren, wenn wir über angemessene Formen des Erinnerens nachdenken, geht es nicht um Fixierungen auf die Vergangenheit, sondern darum, die Gefährdungen der Demokratie, die Mechanismen von Stigmatisierung und Ausgrenzung, die Ursachen, Erscheinungsformen und Wirkungen von Intoleranz und Rassenwahn zu begreifen. Und es geht darum, mit diesem Wissen und Empfinden die Gegenwart zu beobachten und in ihr zu handeln. Hannah Arendt sagte: „Das Höchste, was man erreichen kann, ist zu wissen und auszuhalten, dass es so und nicht anders gewesen ist, und dann zu sehen, was sich daraus für heute ergibt.“

Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Die Stiftung zu Ehren des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert (1871–1925) wurde am 19. Dezember 1986 durch Bundesgesetz errichtet. Die bundesunmittelbare Stiftung öffentlichen Rechts mit Sitz in Heidelberg hat nach dem Gründungsgesetz die Aufgabe, „das Andenken an den ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu wahren und einen Beitrag zum Verständnis der deutschen Geschichte seiner Zeit zu leisten“.

Die von der Stiftung unterhaltene Gedenkstätte, das Friedrich-Ebert-Haus in Heidelberg, wurde am 11. Februar 1989, dem 70. Jahrestag der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten, eröffnet. Herzstück ist als authentischer Ort der Geschichte die kleine Wohnung, in der Friedrich Ebert am



Friedrich-Ebert-Haus in der Pfaffengasse mit Zugang zur Geburtswohnung.

4. Februar 1871 als siebtes von neun Kindern eines Schneidermeisters geboren wurde. Daneben zeichnet die 2007 eröffnete neue Dauerausstellung „Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten – Friedrich Ebert (1871–1925)“ den Weg des sozialdemokratischen Parteiführers an die Spitze der ersten deutschen Demokratie nach. Der ungewöhnliche Lebensweg vom Sattler zum Staatsoberhaupt wird in die Geschichte seiner von Umbrüchen gekennzeichneten Zeit eingebettet: vom Kaiser-

reich über den Ersten Weltkrieg bis in die Anfangsjahre der von ihm mitbegründeten Weimarer Republik. Die Stiftung betreibt eigene Forschungen über Friedrich Ebert und zu zentralen Fragen seiner Zeit und regt hierzu wissenschaftliche Untersuchungen an.

Mit einem vielschichtigen Veranstaltungsangebot hat sich das Friedrich-Ebert-Haus in der Heidelberger Pfaffengasse 18 als ein lebendiger Lernort deutscher Demokratiegeschichte etabliert. Das zeigt sich in einer stetig wachsenden Zahl von Besuchern, in der anerkannten Forschungs- und Publikationstätigkeit sowie in der Vielzahl und in der Bandbreite ihrer politisch-historischen Bildungsaktivitäten, vor allem mit Schülerinnen und Schülern. Die Besucherzahlen der Gedenkstätte haben sich mit rund 60.000 pro Jahr auf hohem Niveau eingependelt. Die Stiftung unterhält weiterhin drei durch die Republik reisende Wanderausstellungen: über Friedrich Ebert und seine Zeit, über die Weimarer Reichskanzler und über den Reichspräsidenten in der Karikatur.



Blick in Raum 1 der Dauerausstellung.

Die Stiftung trägt auf diese vielfältige Weise dazu bei, die Erinnerung an den großen Sozialdemokraten und Staatsmann wachzuhalten, der als Gründer und Garant der Weimarer Republik einer der Wegbereiter der modernen deutschen Demokratie ist.

Friedrich-Ebert-Haus, Pfaffengasse 18, Heidelberg

Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10–18 Uhr, Donnerstag 10–20 Uhr. Der Eintritt ist frei. Kostenlose Führungen für Gruppen durch die ständige Ausstellung und Sonderausstellungen nach Vereinbarung. Das Haus ist barrierefrei.

Stiftung

Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte

Verwaltung: Untere Straße 27 · 69117 Heidelberg

Museum: Pfaffengasse 18

Tel. 06221 91 07-0

Fax 06221 91 07-10

friedrich@ebert-gedenkstaette.de

www.ebert-gedenkstaette.de